

**Gewerkschaft der Polizei (GdP) GdP findet FDP-Forderung völlig unrealistisch**

23.09.2015

Wer in der Zeit, in der man als FDP Regierungsverantwortung getragen hat, gegen jeden gesunden Menschenverstand und gegen alle Fach- und Sachargumente 1000 Stellen bei der Polizei gestrichen hat, darf heute nicht nach mehr Polizeipräsenz und Polizeiposten bei Flüchtlingsunterkünften rufen, bewertet der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner das Ansinnen der FDP. Das ist unredlich, so Seidenspinner.

Was wir dringend benötigen ist, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die in den Flüchtlingsunterkünften Dienst verrichten, ordentliche Räumlichkeiten haben und geeignete Ausrüstung und Ausstattung.

Wer sich jetzt im Wahlkampfmodus hinstellt und seine Verantwortung der Vergangenheit völlig unter den Tisch fallen lässt, der zeigt wenig bis gar kein Verantwortungsbewusstsein.

Wir brauchen Lösungen und keine Schuldzuweisungen und utopische Forderungen, denn dies hilft unseren Kolleginnen und Kollegen nicht weiter. Die Polizei läuft auf dem Zahnfleisch und kann auf Forderungen wie die der FDP ganz gut verzichten, so der GdP-Chef.

Rückfragen an:

Rüdiger Seidenspinner

Landesvorsitzender

(0172) 635 7288